



## KW 3 – Na endlich



Foto: Hamburger Senat – Screenshot X

Na endlich. Die „Schweigende Mehrheit“ wehrt sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus und schaut dabei vor allem auf die AfD. In vielen Städten fanden und finden Demonstrationen mit beeindruckender Beteiligung unterschiedlichster Gruppen und Menschen statt. In Hamburg (Foto) sollen es über 50.000 gewesen sein, der Veranstalter sprach sogar von 130.000. Es liefen so viele Menschen den Jungfernstieg entlang, dass die Polizei Sorge hatte, einige könnten in die Alster fallen.

Auslöser war ein Treffen von dubiosen Persönlichkeiten in Potsdam im November 2023. Darunter waren Politiker der AfD, gewaltbereite Neonazis und finanzstarke Unternehmer. Am 10. Januar 2024 veröffentlichte die investigative Redaktion von **CORRECTIV** eine Recherche, in der Inhalte von dem Treffen bekanntgemacht wurden. Am 17. Januar 2024 wurde die Recherche im Berliner Ensemble als szenische Lesung aufgeführt.

[https://www.rbb-online.de/fernsehen/programm/18\\_01\\_2024/rechtsextremer-geheimplan-gegen-deutschland.html](https://www.rbb-online.de/fernsehen/programm/18_01_2024/rechtsextremer-geheimplan-gegen-deutschland.html)

Das Stück ist in der Mediathek verfügbar. Man muss es gesehen haben, um zu erkennen, wie gefährdet die Demokratie in unserem Land ist.

Passend zum Thema zeigte die **ARD** eine Dokumentation, die ebenfalls in der Mediathek abgerufen werden kann. „Wir waren in der AfD“ ist die Innensicht einer Partei, die sich in den vergangenen Jahren immer weiter radikalisiert hat und zugleich ein Film über die Mechanismen politischer Radikalisierung. In der Dokumentation kommen ausschließlich diejenigen zu Wort, die der Partei in den Anfangsjahren beigetreten sind.

Sie beschreiben, was sie in der Partei gesucht und gefunden haben, aber auch, wie und warum sie mittlerweile ernüchtert und erschrocken über die Entwicklung der AfD ausgetreten sind. Wie haben sie

den Radikalisierungsprozess der Partei erlebt? Wie haben Freunde und Familie reagiert? Wann und warum haben sie entschieden, der Partei wieder den Rücken zu kehren? Wie schwierig war der Prozess des Ausstiegs?

Es sind Nachinszenierungen, die dem Film sein optisches Gesicht geben und den Zuschauerinnen und Zuschauern einen einzigartigen Blick in die Gedankenwelt der AfD ermöglichen. „Wir waren in der AfD“ ist nicht in erster Linie eine Chronik der Parteigeschichte, sondern die eine, intime Innensicht einer Partei, die seit über zehn Jahren die etablierten Parteien und das politische Establishment vor sich herreibt.

<https://www.ardmediathek.de/video/dokumentation-und-reportage/wir-waren-in-der-afd-aussteiger-berichten/das-erste/Y3JpZDovL21kci5kZS9zZW5kdW5nLzI4MTA2MC8yMDI0MDExODIyNTAvcmlvbnVwb3J0YWdlLWRva3UtaW0tZXJzdGVuLTM1Ng>

„Wir werden sie jagen“, verkündete **Alexander Gauland** im September 2017 und meinte damit die demokratischen Kräfte in unserem Land und seinerzeit explizit **Angela Merkel**, der in der Dokumentation vorgeworfen wird, die AfD durch ihre Politik groß gemacht zu haben.

Was sich die AfD unter „Jagen“ vorstellt, konnten wir in dieser Woche im Bundestag erleben. Unionsfraktionschef **Friedrich Merz** lieferte eine Steilvorlage. Bei der Beratung über die „Zukunft der Landwirtschaft“ meldet sich Merz zu Wort, nicht aber, um sich zum Thema zu äußern, sondern um alles Elend in diesem Land der Ampel-Koalition zuzuschreiben. Dabei erregte er sich über den Umstand, dass Bundeskanzler **Olaf Scholz** und Wirtschaftsminister **Robert Habeck** nicht anwesend waren. Landwirtschaftsminister **Cem Özdemir** war das einzige anwesende Regierungsglied, alle anderen ließen sich durch ihre Staatssekretäre vertreten.

Nach der Rede von Merz meldet sich ein AfD-Abgeordneter zu Wort, schloss sich der Kritik des CDU-Chefs an und forderte ihn auf, gemeinsam mit seiner Fraktion zu beschließen, dass der Bundeskanzler zu erscheinen habe. Die Abstimmung war eindeutig, SPD, Grüne und FDP dagegen, die AfD dafür und die Union? Sie enthielt sich. Natürlich hätte die Union gern den Kanzler in den Bundestag zitiert, aber nicht mittels eines gemeinsamen Beschlusses mit der AfD. Merz hätte vorher wissen müssen, wie dümmlich seine populistische Forderung ist und dass die AfD das nutzen werde, um CDU und CSU vorzuführen. **Ein schwerer strategischer Fehler von Merz.**



Sozialminister **Hubertus Heil** bezeichnete die AfD als „Standortrisiko“ und als Partei, „die nicht nur unsere Demokratie angreift, sondern unserem Land auch wirtschaftlich und sozial schadet“. Qualifizierte Fachkräfte, die Deutschland dringend brauche, würden nur dann kommen, wenn sie sicher sein könnten, dass sie nicht ausgegrenzt oder gar bedroht würden. *tagesschau*

Der AfD ist nur argumentativ beizukommen. Über jedes Stöckchen zu springen, dass diese Partei den anderen hinhält, ist ein Fehler und wertet sie nur auf. In Berlin verließen die Abgeordneten von CDU, SPD, Grünen und Linken am Donnerstag den Plenarsaal, als die AfD-Vorsitzende **Kristin Brinker** das Wort ergriff. „Am Mittwoch war bekannt geworden, dass Brinker im Sommer bei einem Treffen unter anderem von radikalen Rechten in der Wohnung des früheren CDU-Finanzsenators **Peter Kurth** dabei war. Dort hatte auch der Österreicher **Martin Sellner** gesprochen, der als Taktgeber der rechtsextremen Identitären Bewegung gilt.“ *Süddeutsche Zeitung*

Ab und zu sollte man ein Zeichen gegen die AfD setzen. Ob das Verlassen des Saales so ein Zeichen ist, darf bezweifelt werden. Pointierte Zwischenrufe wären besser gewesen, denn „Als die CDU/CSU-Fraktion am 13. März 1975 während einer Rede von **Herbert Wehner** in einer Debatte zur inneren Sicherheit aus Protest den Plenarsaal verließ, wurde sein daraufhin getätigter Zuruf an die Fraktion zu einer vielzitierten Redensart: „Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen!“ *Wikipedia*

Wenn wir uns in diesem Beitrag mit Populismus beschäftigen, darf **Donald Trump** nicht fehlen, der die erste Vorwahl in Iowa klar für sich entschied. Die Gefahr, dass dieser Mensch wieder Präsident werden könnte, wird von Tag zu Tag größer, vor allem, wenn man der miterlebbareren Vergrößerung des Amtsinhabers **Joe Biden** zuschauen muss.

„Selbst Vorgänge, die ‚eine rote Linie überschreiten‘ müssen unter totale Immunität fallen“, tippte Trump um 2 Uhr morgens ins Internet. „Sonst drohen traumatische Jahre, in denen es darum gehen wird, richtig von falsch zu trennen.“ *US-Präsidenten müssten Immunität erhalten, um schwierige Entscheidungen treffen zu können, argumentierte Trump. Diese Notwendigkeit sei wichtiger als die Gefahr, die von Präsidenten ausgehe, wenn sie Regeln brechen.* *Morgenpost*

Das ist unglaublich. Ein Politiker mit diesen Ansichten würde bei uns vom Acker gejagt werden. In einem Interview mit der **Augsburger Allgemeinen**

sagte **Joschka Fischer** in dieser Woche: „Mich überrascht der Triumph von Trump nicht wirklich. Wer geglaubt hat, dass es am Ende doch anders ausgehen und schon nicht so schlimm wird, bei dem war viel Wunschdenken im Spiel. Doch, es wird so schlimm! Und wir haben uns nicht darauf vorbereitet.

Trump ist ein großer ‚Freund‘ Deutschlands – das meine ich natürlich ironisch. Ich weiß nicht warum, aber uns ‚liebt‘ er besonders. Wir müssen uns also sowohl wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch auf einiges gefasst machen. Deshalb wird es Zeit, dass wir aufwachen und unserer Verantwortung gerecht werden. Der wichtigste Beitrag, den Deutschland leisten kann, ist, dass wir unsere Sicherheit stärker in die eigenen Hände nehmen. Das heißt: **Wir müssen verstärkt aufrüsten**. Ich hätte es mir im Leben nicht träumen lassen, dass ich mit 75 Jahren einmal einen solchen Satz sage. Aber die Welt hat sich geändert. Es ist kein Ausweis von Klugheit, an der eigenen Meinung festzuhalten, wenn sich die äußeren Bedingungen wandeln.“

Ohne dass wir eine Verbindung zwischen Trump und der AfD unterstellen, trifft für beide ein Zitat von **Martin Luther King** (1929-1968) zu, der am 15. Januar 95 Jahre alt geworden wäre: „Wer das Böse ohne Widerspruch hinnimmt, arbeitet in Wirklichkeit mit ihm zusammen!“ *Quelle: Axel Springer Jahreskalender*

## Was noch?

Nachdem sich das **Bündnis Sahra Wagenknecht** als neue Partei gegründet hat, zog in dieser Woche **Hans-Georg Maaßen** nach. Dass dieser Mann einmal Präsident des Verfassungsschutzes war, sorgt einen noch heute. Einst war die **Werteunion** eine CDU-nahe Vereinigung. Heute muss sie sich von der neuen Partei, die auch das Wort „Union“ im Namen trägt, abgrenzen. Hoffentlich gelingt es den Wählern, den Unterschied zu erkennen.

Für Maaßen wird es keine Brandmauer geben, offenbar auch nicht zur AfD. Wie Wagenknechts Bündnis will auch die „Werteunion“ so schnell wie möglich an den in diesem Jahr stattfindenden Wahlen teilnehmen. Welches Potenzial die beiden neuen Parteien haben, lässt sich schwer vorhersagen. Aus welchem politischen Lager sollen die Wähler kommen? Wenn beide der AfD die Wähler wegnehmen, kann man so traurig nicht sein, was aber, wenn diese drei Konstruktive gemeinsam eine Mehrheit erlangen?

**Ed Koch**